

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern  
Beschluss der 4. Tagung, 5. Landesparteitag, 29. April 2017  
Rostock, HanseMesse

## **SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.**

Die politischen Schwerpunkte der Partei DIE LINKE zwischen dem 1. Mai und der Bundestagswahl am 24. September 2017

DIE LINKE will eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Wir wollen ein Land, in dem alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben. Wir treten an für soziale Gerechtigkeit und Frieden, für einen Aufbruch der Demokratie. Wir treten an gegen Hass, Abschottung, Ausgrenzung von Menschen.

DIE LINKE. M-V wird mit einem engagierten Wahlkampf um breite Zustimmung für diese Ziele kämpfen, Vertrauen zurückerlangen und zum Mitmachen einladen.

### **1. Gute Arbeit, Gute Löhne**

Das Lohnniveau in Mecklenburg-Vorpommern ist das niedrigste in der gesamten Bundesrepublik. Auch in der Frage der Tarifbindung zeigt sich eine anhaltende negative Entwicklung. Weniger als ein Viertel der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern haben für ihre Beschäftigten einen Tarifvertrag abgeschlossen.

Von der Einführung des bundesweiten Mindestlohnes in Höhe von 8,50 Euro und der Erhöhung auf 8,84 Euro haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern profitiert, was verdeutlicht, wie überfällig die Einführung einer Lohnuntergrenze war. Doch ist der Gang in die Altersarmut mit einem Bruttostundenlohn von 8,84 Euro bereits vorprogrammiert. Nur ein Mindestlohn von mindestens 12 Euro schützt vor Altersarmut. Statt der Tariffucht Einhalt zu bieten und höhere Löhne durchzusetzen, hofft die Landesregierung, dass Appelle an die Unternehmen im Land fruchten. Diese Bettelpolitik ist eindeutig gescheitert.

DIE LINKE. M-V fordert deshalb:

- Öffentliche Aufträge werden nur an Unternehmen vergeben, die einen allgemein anerkannten Tariflohn oder einen armutsfesten Stundenlohn von mindestens 12 Euro zahlen.
- Fördermittel werden nur noch an Unternehmen vergeben, die tarifgebunden sind oder sich am Branchentariflohn orientieren. Ab 2020 sollen dann nur noch tarifgebundene Unternehmen förderfähig sein.

Unter dem Deckmantel der Digitalisierung und Flexibilisierung wird versucht, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beschneiden. Veränderungen im Arbeitsrecht, die zu Lasten der Beschäftigten gehen, erteilt DIE LINKE. M-V eine klare Absage (z.B. permanente Erreichbarkeit nach Feierabend; Schwächung des Kündigungsschutzes). Tariffucht durch Werkverträge und Leiharbeit muss unterbunden werden. Befristungen sind abzubauen. DIE LINKE steht für den Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“ In Ost und West.

## **2. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West**

65% der Menschen im Osten sind der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Anpassung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West zu wenig unternimmt. Alle Versprechen, diese endlich anzupassen, sind gebrochen worden. Diesbezüglich ist der Auftrag des Grundgesetzes bisher nicht umgesetzt. Mehr Armut und Hartz-IV, gerade unter Kindern, größerer Niedriglohnsektor, höhere Arbeitslosigkeit, geringe Löhne, Ungerechtigkeit bei den Renten, weniger Vermögen, weniger Tarifbindung und schwächere Gewerkschaften charakterisieren den Osten.

DIE LINKE findet, der Osten braucht Hoffnung. Wir verstehen uns explizit als Vertreterin der berechtigten Interessen der Menschen in Ostdeutschland.

Wir fordern:

- Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung, Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner in der nächsten Legislatur überwinden.
- Kinderarmut überwinden, gebührenfreie Kita, Schule und Ausbildung flächendeckend für alle Kinder und Jugendliche.
- Länderfinanzausgleich muss Regional- und Strukturpolitikdefizite im Osten ausgleichen sowie eine umfassende Gemeindefinanzreform solidarisch ausgestalten. Wir brauchen einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen.

Es gibt trotz großer Entwicklungsunterschiede besondere ostdeutsche Errungenschaften und Erfahrungsquellen, die ein gegenseitiges Lernen zwischen Ost- und Westdeutschland befördern kann. Z.B. beim Wandel von Lebens- und Arbeitswelt sowie gesellschaftlichen Werten oder auch emanzipatorischen Errungenschaften der DDR wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und von alleinerziehenden Müttern und Vätern.

DIE LINKE will ostdeutsche Errungenschaften und progressive ostdeutsche Lebensmodelle als wertvolle Alternative zu klassischen Lebensentwürfen stärken und so einen eigenständigen Beitrag zum Zusammenwachsen von Ost und West leisten.

## **3. DIE LINKE ist die Partei des Friedens**

DIE LINKE. M-V vertritt deshalb entschlossen die Festlegungen des Artikels 18 a der Landesverfassung, wonach alles staatliche Handeln dem inneren und äußeren Frieden dienen muss. Wir wenden uns daher gegen Manöver auf Truppenübungsplätzen im Land bei denen "geübt wird wie im Kalten Krieg". Die Instrumente des Kalten Krieges der Vergangenheit dürfen nicht zu Instrumenten eines Krieges der Gegenwart werden. Deshalb wendet sich DIE LINKE. M-V auch entschieden gegen die Truppenverlegungen nach Polen, Litauen, Estland und Lettland, die auch über Straßen und Schienen unseres Bundeslandes führen. Dieses Säbelrasseln ist kein Beitrag zur Entspannung und zur friedlichen Konfliktlösung. Deshalb: Schluss damit!

Viele Menschen sind besorgt und verunsichert durch Krieg und Terror und eine drohenden Konfrontation zwischen den NATO-Staaten und Russland. Gefordert wird, noch mehr Geld für Rüstung auszugeben. Dieser Sorge und Verunsicherung stellen wir eine Politik der friedlichen Konfliktlösung entgegen. Frieden ohne Waffen zu schaffen, Rüstungsexporte verbieten und Fluchtursachen bekämpfen gehören dabei für uns untrennbar zusammen. Deshalb ist es unerlässlich, die Entwicklungshilfe auf 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen.

Mit den von uns 2001/2002 in Regierungsverantwortung auf den Weg gebrachten Konzeptionen und Leitlinien für die Konversion militärischer Liegenschaften hin zur zivilen Nutzung haben wir den Nachweis erbracht: Ein Leben ohne Armeestandort ist möglich.

Auf diesen Erfahrungen aufbauend können wir den Nachweis, dass eine wirtschaftliche Entwicklung ohne Rüstungsprojekte möglich ist, ebenso erbringen. Wir wollen Rüstungsexporte und Rüstungsprojekte, wie den Bau von Patrouillenbooten für Menschenrechtsverletzer wie Saudi-Arabien, beenden. Dafür braucht es jedoch für die Hersteller von Rüstungsgütern eine Alternative. DIE LINKE. M-V setzt sich daher für ein Nationales Programm zur schrittweisen Konversion von Rüstungsindustrie in zivile Wirtschaft ein.

Die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie in der gesamten Bundesrepublik, so auch die Beschäftigten auf der Peenewerft in Wolgast, brauchen Alternativen zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Diese Alternativen muss Politik schaffen, DIE LINKE stellt sich dieser Verantwortung, hat die notwendigen Konzepte und die Erfahrungen.

In Wort und Tat.